

Presse Mappe

Einreichung Volksinitiative

**« Für Ernährungssouveränität. Die
Landwirtschaft betrifft uns alle »**

Initiative



**www.ernaehrungs
souveraenitaet.ch**

30. März 2016, Bern

Embargo : 30. März, 14.00



EMBARGO: 30. März 2016, 14 Uhr

Sekretariat Uniterre

Av. du Grammont 9
1007 Lausanne

Tel.: 021 601 74 67

Fax: 021 617 51 75

info@uniterre.ch

www.uniterre.ch

An die Medien

Lausanne, 30. März 2016

**Einreichung „Initiative für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle.“
Für einen Richtungswechsel in der Agrarpolitik!**

Die Bauerngewerkschaft Uniterre und l'autre syndicat, zwei Mitgliedorganisationen von La Via Campesina, haben sich gemeinsam mit über 70 Organisationen dafür eingesetzt, dass die Schweizer Bevölkerung endlich eine richtige, öffentliche Debatte zur Agrar- und Ernährungspolitik führen kann. Wir sind hochofrend, dass wir mit über 131'600 gesammelten und 109'655 beglaubigten Unterschriften den Erfolg dieser ersten Etappe ankündigen können.

Jetzt können die Themen rund um eine nachhaltige, einträgliche, klimaschonende, gentechfreie Landwirtschaft endlich seriös besprochen werden. Mehrere Rednerinnen und Redner haben die wichtigsten Punkte dieser Initiative hervorgehoben.

Als Erster sprach **Fernand Cuche** über die **Notwendigkeit einer Agrarwende**: „Mit der Einreichung von vier Initiativen zur Landwirtschaft innert einem einzigen Jahr wird in der Schweiz ein neuer, tief greifender Denkprozess zur Zukunft des ländlichen Raums angestossen. Das ist eigentlich erstaunlich, zumal in einem Land, das die Agrarpolitik alle vier Jahre bespricht und neu festlegt. Das Phänomen lässt sich damit erklären, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger die Täuschungsmanöver durchschauen, mit denen wichtige Fragen abgehandelt werden. »

Ulrike Minkner, Vizepräsidentin von Uniterre, unterstrich die **Notwendigkeit, eine bäuerliche, regionale und einträgliche Landwirtschaft zu bewahren**: „Wenn wir die bäuerliche Landwirtschaft erhalten, hier aber auch weltweit, die mit dem Boden verbunden ist und den lokalen Besonderheiten angepasst ist, werden wir die grossen Krisen meistern können. (...) Die bäuerliche Landwirtschaft ist flexibel und hat die Fähigkeit, lebende Ressourcen wie Tiere und Pflanzen mit Hilfe von Sonnenenergie auf der Bodengrundlage nachhaltig zu nutzen.“

Philippe Sauvin von l'autre syndicat und der Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft hat die **soziale Komponente** des Initiativtextes hervorgehoben: „Unsere Initiative fordert gerechte Löhne und würdige Lebensbedingungen, sowohl für alle landwirtschaftlichen Angestellten, die oft einen Migrationshintergrund haben, als auch für alle Bäuerinnen und Bauern. Zudem fordert sie, dass mehr Erwerbstätige in der Lebensmittelproduktion arbeiten. **Die Initiative räumt den Menschen einen zentralen Platz in der Nahrungsmitteldebatte ein.**“

Wenn wir über Ernährungssysteme sprechen, können wir auch die Fragen zum Saatgut und zur Gentechnik nicht übergehen. Dazu **Luigi D'Andrea**, Exekutivsekretär der Alliance suisse pour une agriculture sans génie génétique (Westschweizer Pendant zur Schweizer Allianz Gentechfrei): „Fünf der Probleme, die weltweit am meisten zu reden geben, sind: der Verlust an

*Biodiversität im Allgemeinen und an Agrobiodiversität im Speziellen; die Klimaveränderungen; der Hunger und die Unterernährung; die Armut; das Wasser. Dem Saatgut fällt innerhalb dieser fünf Probleme eine besondere Bedeutung zu, denn es bildet die Grundlage des Ernährungssystems. Der freie Zugang zu genetischen Ressourcen ist deshalb eine unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der fünf grossen Probleme. (...) **Die gute Nachricht ist, dass es Lösungen gibt und dass wir GVO nicht brauchen. Wir brauchen „nur“ Agrarökologie, Bäuerinnen und Bauern. (...) Deshalb ist eine Agrarwende nötig.***

Natürlich reicht es nicht, Lebensmittel zu produzieren, damit ein Ernährungssystem funktioniert. Es muss den Erwartungen der Bevölkerung entsprechen. Deshalb will unsere Initiative kurze Kreisläufe fördern. **Sieglinde Lorz**, aktives Mitglied beim Verein Vertragslandwirtschaft „Radiesli“ in Bern, erklärte: *„Vertragslandwirtschaft mit lokalen, regionalen, nachhaltigen Kreisläufen bringt uns unserer Nahrung wieder näher, macht uns unabhängig vom Geld und der Entwicklung des globalen, sehr volatilen Wirtschaftssystems. Die Produzenten haben Sicherheit im Bezug auf den Lohn für ihre Arbeit. Die Konsumenten können direkt mitbestimmen und haben garantierte Qualität. Die Risiken werden geteilt. Die Gemeinschaft wird gefördert. **Der Zusammenhalt und das Verständnis füreinander werden grösser. Aus gegenseitiger Abhängigkeit wird gegenseitige Unterstützung. Die Souveränität, sowohl der Produzenten als auch der Konsumenten, wird gefördert und gestärkt.**“*

„Das bäuerliche Leben hat besondere Qualitäten und Bedürfnisse, die von den globalisierten Handelsgesetzen tendenziell zerstört werden. Es braucht dringend Menschen, die gegen den Strom schwimmen, um diese besonderen Qualitäten und Bedürfnisse beschützen“ begrüsst **Pierre Farron**, Vertreter „Eglise et Monde du Travail“.

Die weltweiten Verflechtungen sind eine Realität und **es liegt uns fern, die Schweiz abgrenzen zu wollen**. Handel ist grundsätzlich nützlich, es sei denn, er gerät ausser Kontrolle und schwingt sich in der Form des Freihandels zum alles beherrschenden System auf. Wir wünschen uns, dass der internationale Handel fairer wird und die bäuerliche Landwirtschaft erhält, anstatt das Agrobusiness zu fördern. Fabian Molina, Präsident der Juso Schweiz, stellte klar: *„Damit ist die Initiative nicht nur ein Gebot der Stunde für eine gerechtere und ökologischere Schweizer Landwirtschaft, sondern auch ein Prellbock im Kampf gegen die drohende Konzerndiktatur und **für die internationale Solidarität.**“*

Die Pressekonferenz schloss mit der Lesung einer **Stellungnahme von La Via Campesina, der internationalen Bauernbewegung, der weltweit über 160 Organisationen aus 70 verschiedenen Ländern und über 300 Millionen Bäuerinnen und Bauern angehören.** *„In den Jahren nach dem Forum von Nyéléni wurden auf zahlreichen Ebenen Initiativen für die Anerkennung der Ernährungssouveränität ergriffen. Dabei hat sich gezeigt, dass es höchst schwierig ist, die Ernährungssouveränität in offizielle Texte zu übertragen, ohne Teile des Sinngehalts zu verlieren. Aus diesem Grund begrüsst La Via Campesina ausdrücklich die Initiative ihrer beiden Schweizer Mitglieder Uniterre und l'autre syndicat, die es mithilfe einer breiten Allianz geschafft haben (...) es ist eine gewaltige Aufgabe, die Ernährungssouveränität mit all ihren Aspekten verbindlich festzuhalten. (...) **wenn die Ernährungssouveränität in einer Ecke der Welt Fortschritte macht, nützt dies auch der weltweiten Bewegung.**“*

Medienkontakte

- Ulrike Minkner, Uniterre, 077 401 88 72
- Philippe Sauvin, l'autre syndicat und Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft 079 509 31 10
- Luigi d'Andrea, Exekutivsekretär der Alliance suisse pour une agriculture sans génie génétique 077 400 70 43
- Fabian Molina, Präsident der JungsozialistInnen Schweiz, 079 781 12 28
- Sieglinde Lorz, Verein Radiesli, 079 816 22 51
- Fernand Cucho, 079 364 24 26

EMBARGO : 30. März 14.00

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Debatte zur Agrarwende ist lanciert

Seit einigen Jahren wird in unserem Land intensiv über die Energiewende diskutiert. Mit der Einreichung von vier Initiativen zur Landwirtschaft innert einem einzigen Jahr wird in der Schweiz ein neuer, tief greifender Denkprozess zur Zukunft des ländlichen Raums angestoßen. Das ist eigentlich erstaunlich, zumal in einem Land, das die Agrarpolitik alle vier Jahre bespricht und neu festlegt. Das Phänomen lässt sich damit erklären, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger die Täuschungsmanöver durchschauen, mit denen wichtige Fragen abgehandelt werden.

- Im Februar 2013 hat das Schweizer Volk eine Änderung des Raumplanungsgesetzes akzeptiert, damit der Boden sparsam verwendet wird. Aber die Umsetzung trifft auf heftigen Widerstand. Die Zubetonierung von gutem Landwirtschaftsland geht weiter. Die Bagger sind schneller als die Anwendung des Gesetzes.

- In den letzten 30 Jahren ist die Hälfte der landwirtschaftlichen Arbeitsstellen verschwunden. Wir müssen diese Tendenz umkehren, um das Gleichgewicht zwischen bewirtschafteter Fläche und der Anzahl beschäftigter Personen wieder herzustellen. Das ist die erste Bedingung, um hochwertige, regionale Lebensmittel zu produzieren, die natürliche Fruchtbarkeit der Böden zu verbessern, die Wasserqualität zu bewahren und die Biodiversität zu schützen. Das dominierende Modell, das die menschliche Arbeitskraft im Namen der Wettbewerbsfähigkeit zunehmend mit Chemie und schwerer Mechanisierung ersetzt, ist schädlich. Dieses Modell ist absolut unfähig, faire Löhne zu produzieren oder eine nachhaltige Landwirtschaft zu bewahren.

- Der Einsatz von chemischen Hilfsmitteln und Handelsdüngern machte spektakuläre Produktionssteigerungen möglich. Dank solchen Produkten wurde die Landwirtschaft von vielen mühsamen Arbeiten erlöst, wie zum Beispiel dem Jäten von Hand. Im Verlauf der letzten Jahrzehnte haben wir es aber versäumt, die schädlichen Auswirkungen zu beachten, die durch die Ansammlung giftiger Stoffe im menschlichen Körper, im Grundwasser, in der Luft und im Boden entstanden sind. Wegen dieser fehlenden Aufmerksamkeit müssen wir jetzt unter Zeitdruck handeln. Doch trotz der Dringlichkeit bleiben die nötigen Entscheide aus.

Die Unterzeichnenden der Initiative für Ernährungssouveränität drücken ihre berechtigte Sorge aus. Die nun lancierte Debatte über die Agrarwende zwingt uns, die Schwere der Lage abzuwägen. Die jüngsten Entwicklungen unserer Agrarpolitik weisen darauf hin, dass die Wahrheit langsam in das öffentliche Bewusstsein vordringt. Doch die getroffenen Entscheide sind noch lange nicht ausreichend. Wie bei der Energie sind auch die Produktion und der Konsum von Lebensmitteln an einen Wendepunkt gelangt. Das Ausbleiben einer glaubwürdigen Botschaft der Regierung führt zum Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Das ist Warnung und Chance zugleich.

Fernand Cuche

EMBARGO : 30. März 14.00

Es gilt das gesprochene Wort

„Wir fordern die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft“

Wir reichen heute eine Verfassungsinitiative ein, mit dem Ziel eine möglichst breite Diskussion in der Öffentlichkeit über unsere Ernährung, über Landwirtschaft und über deren politische Zusammenhänge zu führen.

Wir wollen diese Debatte anstossen, damit unsere Verfassung nicht zur Totgeburt verkommt.

Es geht also um nicht weniger als um die Verfassung um den Zustand - von uns allen! Es geht um Nahrung, es geht um Menschen, auch um soziale Gerechtigkeit mit fairen Löhnen und fairen Preisen. Wir brauchen planetentaugliche Lösungen! **Das ist eigentlich längst unbestritten** – auch angesichts der weltweiten Hungerkrisen und der vielen Menschen, die von ihrem Grund und Boden vertrieben werden. Darum sprechen wir auch über den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft:

Um eine bäuerliche Landwirtschaft zu fördern, machen wir konkrete Vorschläge. Die aktuelle Agrarpolitik fördert - ganz nach dem Dogma „wachsen oder weichen“ –weiterhin eine zerstörerische Wachstumsstrategie.

Der sogenannt freie Markt hat ausgedient. Wir glauben auch nicht an die neoliberale Freihandelspolitik von Bundesrat Schneider-Ammann. Wir sind der Meinung, dass der Handel – gerade der Handel mit Nahrungsmitteln – sehr wohl Regeln und Regulierungsmöglichkeiten braucht. Wir stellen Strategien vor, die die bäuerlichen Familienbetriebe und neue Formen von kollektiven Zusammenschlüssen ernst nehmen und ihnen einen wichtigen Stellenwert geben.

Wir wissen und es ist längst bewiesen: Die bäuerliche Landwirtschaft ist flexibel und hat die Fähigkeit, lebende Ressourcen wie Tiere und Pflanzen mit Hilfe von Sonnenenergie auf der Bodengrundlage nachhaltig zu nutzen. Die industrielle Landwirtschaft dagegen verbraucht mehr Ressourcen, als dass sie schlussendlich produziert. Dies auch, weil die langfristigen negativen Folgen dieser Art von Produktion nie mit einberechnet werden. Ein Grossteil der Schweizer Bevölkerung wünscht sich eine bäuerliche Landwirtschaft und ist auch bereit, diese zu unterstützen.

Komplexe Probleme können nur mit einem vernetzten Denken angegangen werden, einzig so kommen wir den Lösungen näher. Wir können z.B. nicht einfach auf Ökologie setzen und gleichzeitig die wirtschaftlichen Gegebenheiten ausser Acht lassen. Wir können nicht die Arbeitslosigkeit durch Wirtschaftswachstum bekämpfen, wenn wir dabei unsere ethischen und sozialen Grundsätze über Bord werfen. Wir können nicht eine Überproduktion fördern und gleichzeitig den Preiszerfall kritisieren. Deshalb braucht es Instrumente – wie z.B. Mengensteuerung und Markttransparenz – um die Ursachen offenzulegen und anzugehen.

Wir fordern deshalb Ernährungssouveränität – ein Konzept der weltweiten Bewegung von La Via Campesina – weil dieses Konzept von Bäuerinnen und Bauern des Südens gemeinsam Bäuerinnen und Bauern des Nordens – entworfen wurde. Wenn wir über unseren Tellerrand hinaus blicken, können wir solidarische Lösungen finden. Wenn wir die bäuerliche Landwirtschaft erhalten, hier aber auch weltweit, die mit dem Boden verbunden ist und den lokalen Besonderheiten angepasst ist, werden wir die grossen Krisen meistern können.

Ulrike Minkner, Vizepräsidentin Uinterre

EMBARGO : 30. März 14.00

Es gilt das gesprochene Wort.

„Eine Landwirtschaft die faire Löhne und eine sozial nachhaltige Entwicklung für alle garantiert!“

Mit dem Einreichen der „Volksinitiative für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle“ wird eine Debatte über alle Akteurinnen und Akteure lanciert, die unsere Lebensmittel produzieren! Die Initiative fordert für alle Landarbeiter/-innen, Bäuerinnen und Bauern würdige Lebensbedingungen. Und sie fordert, dass wieder mehr Erwerbstätige in der Lebensmittelproduktion arbeiten.

Die Initiative lanciert eine notwendige, ja vordringliche Debatte, die gleichzeitig einen grundsätzlichen, gesellschaftspolitischen Entscheid beinhaltet:

Zurzeit werden durch die Industrialisierung der Landwirtschaft Millionen von kleinen Produzentinnen und Produzenten von ihrem Land verjagt. Viele haben danach keine Wahl, sie müssen als billige Arbeitskräfte für die Grossgrundbesitzer schuften, die sich das Land ruchlos aneignen und nur dem Profit hinterherjagen. Das Leid der Migrantinnen und Migranten, den „modernen Sklaven“, die namentlich in der industriellen Früchte- und Gemüseproduktion arbeiten, ist in ganz Europa dokumentiert.

Unsere Volksinitiative fordert ein Gesellschaftsmodell mit einer regionalen, rentierenden, respektvollen und umweltfreundlichen Landwirtschaft. Sie soll faire Löhne und eine sozial nachhaltige Entwicklung für alle garantieren!

Die Auswirkungen dieser Initiative gehen weit über die Schweizer Grenzen hinaus: Die vielen Menschen, die unfreiwillig auswandern müssen, weil sie ihrer Lebensgrundlage und Zukunft beraubt worden sind, gehen uns etwas an. Wenn Migrantinnen und Migranten als billige Arbeitskräfte ohne Grundrechte missbraucht werden, widerspricht das allen Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft. Dennoch geschieht es auch in der Schweiz. Die schweizerische Gesetzgebung für landwirtschaftliche Angestellte ist äusserst lückenhaft. Es gibt weder einen Gesamt- noch einen Normalarbeitsvertrag, zudem ist die Landwirtschaft nicht dem Arbeitsgesetz unterstellt. Das erklärt die vielen Missbräuche und die Ausbeutung von Migrantinnen und Migranten.

Wir unterstützen diese Initiative, um Arbeitsbedingungen zu schaffen, die der Aufgabe der Landwirtschaft – die Ernährung der Bevölkerung – würdig sind. Und damit die Grundrechte aller Beteiligten gewahrt bleiben.

Philippe Sauvin,

Plateform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft, ch du Ruttet 5, 1196 Gland

www.agrisodu.ch



PLATTFORM FÜR EINE SOZIAL NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT

Es gilt das gesprochene Wort.

„Wir verzichten auf GVO und öffnen dafür der Agrarökologie die Tür“

Fünf der Probleme, die weltweit am meisten zu reden geben, sind: der Verlust an Biodiversität im Allgemeinen und an Agrobiodiversität im Speziellen; die Klimaveränderungen; der Hunger und die Unterernährung; die Armut; das Wasser. Dem Saatgut fällt innerhalb dieser fünf Probleme eine besondere Bedeutung zu, denn es bildet die Grundlage des Ernährungssystems. Der freie Zugang zu genetischen Ressourcen ist deshalb eine unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der fünf grossen Probleme, denn in Zukunft werden wir unsere Nahrungsmittel in einem schwierigen, sich stark verändernden Umfeld produzieren müssen.

Seit Beginn der 80er-Jahre machen wir jedoch Rückschritte: Grosse, industrielle Gruppen auf dem Gebiet der Chemie haben massiv in den Saatgutmarkt investiert und wuchsen zu den riesigen Agrochemiekonzernen an, die wir heute kennen. Im Verlauf des letzten Jahrzehnts haben sechs Konzerne die Kontrolle über 75 % des Marktes für Saatgut und Pflanzenschutzmittel übernommen, indem sie in weniger als 20 Jahren über 200 Konkurrenten aufgekauft haben. Letztes Jahr haben Dow und DuPont fusioniert und eben erst, im Februar 2016, haben wir erfahren, dass ChemChina, ein staatliches Unternehmen, Syngenta für die stolze Summe von 43 Milliarden Dollar übernommen hat. So wird uns die Kontrolle über unser Saatgut genommen, also auch die Kontrolle über unser Ernährungssystem, die Völker verlieren ihre Ernährungssouveränität. Henry Kissinger sagte das so: *„Wer das Erdöl kontrolliert, beherrscht die Staaten, wer die Lebensmittel kontrolliert, beherrscht die Völker“.*

Die Staaten sollten reagieren, aber sie sind zu sehr damit beschäftigt, eben diesen Konzernen wirtschaftlich vorteilhafte Rahmenbedingungen zu schaffen, obwohl diese im Gegenzug kein Reichtum generieren, sondern negative Externalitäten, die letztlich von der Gesellschaft getragen werden müssen und uns ärmer machen. Die eidgenössische Ethikkommission für die Biotechnologie im Ausserhumanbereich hat diese Mechanismen durchschaut und schreibt in ihrem letzten Bericht zu neuen Pflanzenzüchtungsverfahren: *„Führen bestimmte Verfahren und Produkte zu einer faktischen Verdrängung und Einschränkung einer diversifizierten Saatgutproduktion und damit der Agrobiodiversität, dann ist der Staat moralisch verpflichtet, alle nötigen Massnahmen zu ergreifen, um die Grundlagen einer vielfältigen Nahrungsmittelproduktion langfristig zu erhalten.“* Und sie empfiehlt: *„Massnahmen zur Beschränkung des geistigen Eigentums an Saatgut und der betreffenden Rechte ins Auge zu fassen, wenn solche Ansprüche auf geistiges Eigentum dazu führten, die Agrobiodiversität als Grundlage der Nahrungsmittelproduktion ernsthaft zu gefährden.“*

Die Initiative für Ernährungssouveränität packt dieses Problem an und fordert, dass den Bäuerinnen und Bauern das Recht auf Nutzung, Vermehrung, Austausch und Vermarktung von Saatgut in der Verfassung gewährleistet wird. Artikel 4 verbietet zudem in der Landwirtschaft den Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren. Diese beiden Vorschläge wurden von der Bevölkerung sehr gut aufgenommen, was wieder einmal zeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung immer noch gegen GVO und die Patentierung von Lebewesen ist.

In einer klar kommerziellen Logik haben sich die Agrochemiekonzerne den Markt für Saatgut angeeignet, damit sie ihre todbringenden Chemieprodukte besser verkaufen können. Es ist kein Zufall, dass nach 30 Jahren Forschung 99 % aller gentechnisch veränderten Pflanzen (GVP) im Handel Pestizidpflanzen sind, also Pflanzen, die Pestizide entweder tolerieren oder selber insektizide Gifte absondern.

GVP wurden in den Handel gebracht, damit es den Bauern leichter fällt, ein ultra-produktives Modell zu übernehmen. Heute wie vor 20 Jahren verspricht man uns die Schaffung von Wunderpflanzen, um die Technologie zu rechtfertigen. Doch die schädlingsresistenten GVP werden nur neue Super-Schädlinge hervorbringen. Humanitäre GVP (mit Vitamin A angereicherter Reis oder Bananen) fördern nicht nur ein nachteiliges Produktionsmodell – die Monokultur – sondern verstärken Mangelerscheinungen, die für viele Menschen tödlich enden. Die Produktivität der industriellen Agrarsysteme kostet einen sehr hohen Preis in Sachen Energie, Umwelt und Soziales – und der Einsatz der Gentechnik fördert dieses Modell, das auf einem kurzsichtigen, stark vereinfachenden und veralteten Verständnis der Landwirtschaft beruht. Es bekämpft die Symptome, anstelle der Ursachen, die zu den Ungleichgewichten in unseren Agrarsystemen geführt haben. Deshalb bringt die Gentechnik auch nach 30 Jahren Forschung und vielen Milliarden keine Lösungen für die Landwirtschaft hervor. Sie schafft nur schlecht angepasste Produkte, welche die Abhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern gegenüber einer patentierten, kapitalverschlingenden Technik verstärken. Keine dermassen ineffiziente Technologie wurde jemals so stark subventioniert!

Es ist dringend Zeit für eine Agrarwende, wie sie von Produzentinnen und Produzenten, Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch von Expertinnen und Experten auf der ganzen Welt gefordert wird. Die gute Nachricht ist, dass es Lösungen gibt und dass wir GVO nicht brauchen. Wir brauchen „nur“ Agrarökologie, Bäuerinnen und Bauern. Wo immer Agrarökologie eingesetzt wird, hat sie Erfolg. Sie ermöglicht gute Erträge ohne Pestizide, ohne chemische Dünger. Sie sorgt für stabile Erträge und diversifizierte Einkommen für die Bauernfamilien. Mit ihr sind Produktion und Umweltschutz keine Gegensätze, denn die Ökologie ist Bestandteil der Produktion.

Auch Agrarökologie ist auf Innovation und Forschung angewiesen, doch es handelt sich dabei hauptsächlich um das Wissen um Anbautechniken, Arten und Sorten, um natürliche Prozesse, nicht um technische Innovationen, die in klinischen Laboratorien erfunden und patentiert werden. Agrarökologie basiert auf lokal angepasster Erfahrung und ist frei zugänglich. Diese Forschung braucht keine hohen Kapitalinvestitionen. Wenn wir auf GVO verzichten, öffnen wir damit die Türe für andere Lösungen. Die Schweiz kann nicht überall mitspielen, aber sie sollte bei der Umsetzung von innovativen und ökologischen Agrartechniken eine Pionierrolle einnehmen. Unsere Initiative zielt deshalb darauf ab, der Landwirtschaft von Morgen neue Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Agrarpolitik und die Forschung besser auf die Bedürfnisse der Bäuerinnen und Bauern, der Konsumentinnen und Konsumenten ausgerichtet werden können.

Luigi D'Andrea, Schweizerisches Bündnis für eine Landwirtschaft ohne Gentechnologie - StopOGM

EMBARGO : 30. März 14.00

Es gilt das gesprochene Wort.

Ernährungssouveränität heisst auch Vertragslandwirtschaft

Zusammengefasst bedeutet Vertragslandwirtschaft **Wir für uns.**

Wir, Konsumenten und Produzenten, sorgen zusammen für unsere Nahrung, indem wir uns zusammenschliessen in unseren Bedürfnissen und Möglichkeiten, unsere Ressourcen an Wissen, Arbeitskraft und Boden bündeln, einen Teil unserer Energie und Kraft für dieses Ziel einplanen und einbringen und die Risiken untereinander aufteilen.

So entstehen souveräne lokale Kreisläufe, die unsere Ernährung, eine unserer wichtigsten Lebensgrundlagen, sichern.

Wie funktioniert es?

Bisher haben sich zwei Formen der Vertragslandwirtschaft etabliert. Produzenten und Konsumenten schliessen sich in einem Verein zusammen, bestimmen gemeinsam, welche Pflanzen angebaut werden, ihre Menge und deren Preis. Die Risiken werden gemeinsam getragen. Ein Beispiel dafür ist der Verein Soliterre in Bern. Oder Menschen schliessen sich genossenschaftlich zusammen, pachten ein Feld und bauen gemeinsam ihr eigenes Gemüse an. Hier können als Beispiel Ortoloco für Zürich oder Radiesli für Bern genannt werden. In beiden Modellen wird das Gemüse wöchentlich mit einer Gemüsetasche in Depots verteilt, wo diese dann von den Einzelnen abgeholt wird.

Menschen, die sich für Vertragslandwirtschaft einsetzen, sind interessiert daran, regionale Produkte zu essen, Sicherheit zu haben im Bezug auf die Qualität der Produkte, wollen Vielfalt fördern und ökologisch sinnvoll und nachhaltig handeln. Wer sich selber nicht direkt am Anbau beteiligen möchte oder verbindlich dazu verpflichten kann, wählt eher das erste Modell. Zweiteres ist für Mensch interessant, welche sich selber versorgen wollen, aber als Einzelne die Voraussetzung dafür nicht mitbringen, dafür aber zusammen in einer Gemeinschaft mit anderen dies umsetzen können.

Vorteile für Bauern, Konsumenten und Natur

Die Vorteile dieser Modelle sind vielfach. Die Produzenten haben Sicherheit im Bezug auf den Lohn für ihre Arbeit. Die Konsumenten können direkt mitbestimmen und haben garantierte Qualität. Die Risiken werden geteilt. Die Gemeinschaft wird gefördert. Der Zusammenhalt und das Verständnis füreinander werden grösser. Aus gegenseitiger Abhängigkeit wird gegenseitige Unterstützung. Die Souveränität, sowohl der Produzenten als auch der Konsumenten, wird gefördert und gestärkt. Wir kommen unserer Lebensgrundlage - dem Essen - wieder näher. Durch diesen neuen Blickwinkel wird auch die Nachhaltigkeit gefördert. Denn der Fokus geht weg vom Kontakt über die Präsentation und den Preis der Ware im Supermarkt, hin zu dem Entstehungsprozess, welcher den Boden, den Arbeiter, die Umwelteinflüsse, die Samengrundlage, die Verpackung, Lagerung und den Transport der Produkte miteinbezieht und uns diesen näher bringt. Grundsätzlich werden hier keine Lebensmittel mehr verschwendet. Alles wird geerntet, genutzt und verteilt, weil nichts mehr aufgrund von Grösse, Form oder anderen ästhetischen oder logistischen Kriterien aussortiert wird. Der Ertrag pro Quadratmeter steigt entsprechend und ist ein Gewinn für alle.

Unabhängigkeit vom globalen Geldsystem und dem Erdöl

Wir leben heute in einem globalisierten Wirtschaftssystem, das Produktion und Handel weltweit ausgedehnt und verstreut hat. Der Mittler ist Geld. Das mag in gewissen Bereichen sinnvoll und dienlich sein, doch Geld könne wir nicht essen. Also kann es im Bezug auf unsere Lebensgrundlage, welches die Landwirtschaft ist, nicht dienlich sein, sich in die Abhängigkeit von Geld und wenigen Grosskonzernen als Global Player zu begeben, oder auf eine industrialisierte Landwirtschaft zu setzen, die abhängig ist vom Erdöl im Bezug auf den Einsatz von Maschinen, Düngemittel, Pestizide, und Transporte und dabei noch den Boden als Lebensgrundlage zerstört. Vertragslandwirtschaft mit lokalen, regionalen, nachhaltigen Kreisläufen bringt uns unserer Nahrung wieder näher, macht uns unabhängig vom Geld und der Entwicklung des globalen, sehr volatilen Wirtschaftssystems.

Souveränität im Bezug auf die eigene Nahrung in Form einer tragenden, lokalen Gemeinschaft macht Sinn.

Sieglinde Lorz, Unternehmensberaterin Bern und aktiv bei der Vertragslandwirtschaft Radiesli in Worb.

EMBARGO: 30. März 2016, 14 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

„Die Debatte, die von dieser Initiative ausgelöst wird, stellt richtige und wichtige Fragen und wir werden uns konsequent dafür einsetzen, dass die Kirchen an dieser Debatte aktiv teilnehmen“

Unser Verein vertritt in allen Kirchen den Sinn und die Würde der Arbeit.

Die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern ist von besonderer Bedeutung, denn sie gibt uns das Brot, um das wir Christen bitten: „Unser täglich Brot gib uns heute“.

In der Landwirtschaft muss die Produktion dem Bedarf gerecht werden und qualitativ hochwertige Lebensmittel erzeugen, sie muss sich in eine gesunde Umwelt einordnen und eine gesellschaftliche Rolle erfüllen, so müssen auch alle Produktionskosten anständig bezahlt und entlohnt werden.

Die Kirche lehrt uns, die Arbeiterinnen und Arbeiter zu würdigen, aber in unserer Gesellschaft braucht es viel, damit sie Gehör finden. Aus diesem Grund hat unser Waadtländer Verband – er steht der reformierten Kirche nahe, ist jedoch autonom – beschlossen, gemeinsam mit der Gewerkschaft UNITERRE hierherzukommen, um ihr Anliegen unserem Land und insbesondere der Kirche näherzubringen.

Die Initiative von UNITERRE zählt die verschiedenen persönlichen, strukturellen, materiellen, ökonomischen und sozialen Bedingungen auf, die es in unserem Land braucht, damit die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern respektiert wird. Die Debatte, die von dieser Initiative ausgelöst wird, stellt richtige und wichtige Fragen und wir werden uns konsequent dafür einsetzen, dass die Kirchen an dieser Debatte aktiv teilnehmen.

Das bäuerliche Leben hat besondere Qualitäten und Bedürfnisse, die von den globalisierten Handelsgesetzen tendenziell zerstört werden. Es braucht dringend Menschen, die gegen den Strom schwimmen, um diese besonderen Qualitäten und Bedürfnisse beschützen.

Es wird nicht einfach sein, die Märkte in unserem Land so zu organisieren, dass alle Bäuerinnen und Bauern ihre Erzeugnisse zu anständigen Bedingungen verkaufen können. Wir müssen eine Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugen, dass die Würde der Produzentinnen und Produzenten wichtiger ist, als die kommerzielle Logik.

Als engagierte Christen für die Arbeitswelt werden wir die anstehende Überzeugungsarbeit gemeinsam mit Euch tragen. Nur Mut, Bäuerinnen und Bauern, Verteidigerinnen und Verteidiger unserer Ernährungssouveränität!

Pierre Farron und Jean-Pierre Thévenaz



Mehr Informationen über den Verein EMDT – Eglise et Monde du Travail finden Sie auf: mondedutravail.eerv.ch (französisch)

Mehr Informationen über unser europäisches Netzwerk finden Sie auf der Seite „Good Work“: csc.ceceurope.org/issues/social-and-economic-issues/call-network/ (englisch)

EMBARGO : 30. März 14.00

Nein zur Konzerndiktatur – Ja zur Ernährungssouveränität!

Es gilt das gesprochene Wort.

Mit der neoliberalen Wende in den 80er Jahren setzte auch im Bereich Landwirtschaft eine Liberalisierungswelle im Interesse der grossen Agrarfirmen ein, die zerstörerische Konsequenzen für Mensch und Natur hat. Zahlreiche südliche Länder wurden gedrängt Schutzzölle abzubauen und ihre Märkte zu öffnen, damit die oft selbst hochsubventionierten Grosskonzerne, meist aus den USA oder Europa, neue Absatzmärkte finden.

Diese Politik hatte und hat auch für die Landwirtschaft im Norden verheerende Auswirkungen. Der ungerechte Freihandel beschleunigte den Strukturwandel und vergrösserte die Ungleichheit. Auch nimmt die Intensivierung der Landwirtschaft zu, der Einsatz von Gentechnik wird immer salonfähiger und die Arbeitsbedingungen geraten zusätzlich unter Druck. Weltweit profitieren davon nur ein paar wenige.

Heute droht neues Ungemach: Nach dem Scheitern der Doha-Runde wegen massiver Proteste suchten die Multi neue Wege, um die Weltlandwirtschaft komplett zu liberalisieren. Aktuell verhandeln die Europäische Union und die USA hinter verschlossenen Türen über das Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). TTIP rollt den Grosskonzernen den roten Teppich aus und würde durch die Einführung von Schiedsgerichten die Souveränität der Demokratien massiv einschränken. Neu könnten Konzerne jedes Gesetz, das ihren Profit schmälert, über diese Schiedsgerichte zu Fall bringen. Der Wirtschaftsverband Economiesuisse verlangt den raschen Anschluss der Schweiz an TTIP. Aber auch ohne Anschluss hätte das Abkommen enorme Auswirkungen auf die Schweiz. Unter Druck kämen Arbeitsbedingungen, Service Public, Datensicherheit, Gesundheit und eben auch die Landwirtschaft.

Genau deshalb ist es wichtig, dass wir uns jetzt gegen den entfesselten und unsozialen Freihandel zur Wehr setzen. Mit der Initiative für Ernährungssicherheit tun wir genau das. Die Initiative würde auf Verfassungsstufe lokale landwirtschaftliche Kreisläufe, ein Verbot von Gentechnik, faire Arbeitsbedingung und das Recht auf Selbstbestimmung im Nahrungsmittelbereich für alle Völker festschreiben. Damit ist die Initiative nicht nur ein Gebot der Stunde für eine gerechtere und ökologischere Schweizer Landwirtschaft, sondern auch ein Prellbock im Kampf gegen die drohende Konzerndiktatur und für die internationale Solidarität.

Fabian Molina, Präsident JUSO Schweiz

EMBARGO : 30. März 14.00

„Wenn die Ernährungssouveränität in einer Ecke der Welt Fortschritte macht, nützt dies auch der weltweiten Bewegung“

Harare, 21. März 2016. Es ist fast 10 Jahren her, als sich in Mali, im Dorf Nyéléni, mehr als 500 Delegierte aus über 80 Ländern versammelt haben. Es waren Vertreterinnen und Vertreter von Bauernorganisationen, traditionellen Fischerleuten, indigenen Völkern, Landlosen, Landarbeitenden, Migrantinnen und Migranten, Hirtenvölkern, Gemeinschaften, die in Wäldern leben, Frauen, Jugendlichen, Konsumentinnen und Konsumenten, urbanen Bewegungen und Umweltorganisationen. Gemeinsam haben sie die Erklärung von Nyéléni geschrieben, die sich an den Grundsätzen der Ernährungssouveränität orientiert und geltend macht, wie wichtig es ist, dass alle zusammenarbeiten, damit die Ernährungssouveränität „als Menschenrecht betrachtet und von den Gemeinschaften, den Völkern, den Staaten und den internationalen Institutionen gefördert und respektiert wird“.

In den Jahren nach dem Forum von Nyéléni wurden auf zahlreichen Ebenen Initiativen für die Anerkennung der Ernährungssouveränität ergriffen. Dabei hat sich gezeigt, dass es höchst schwierig ist, die Ernährungssouveränität in offizielle Texte zu übertragen, ohne Teile des Sinngehalts zu verlieren.

Aus diesem Grund begrüsst La Via Campesina ausdrücklich die Initiative ihrer beiden Schweizer Mitglieder Uniterre und l'autre syndicat, die mithilfe einer breiten Allianz genügend Unterschriften gesammelt haben, damit das gesamte Schweizer Stimmvolk innert der nächsten drei Jahre über die Ernährungssouveränität abstimmen kann. Bei dieser Abstimmung wird es darum gehen, einen Artikel zur Ernährungssouveränität in die schweizerische Verfassung aufzunehmen.

Das ist ein ausserordentlich wichtiges Ereignis, denn sollten genügend Schweizerinnen und Schweizer dieser Änderung zustimmen, wäre die Schweiz das erste Land auf der nördlichen Halbkugel, das seine Verfassung und also auch seine Agrarpolitik ändert, um eine bäuerliche, regionale Landwirtschaft zu fördern, mehr Fairness in den internationalen Handel zu bringen, die Wünsche der Bevölkerung zu beachten und andere Regionen zu respektieren. Es ist eine gewaltige Aufgabe, die Ernährungssouveränität mit allen ihren Aspekten verbindlich festzuhalten.

Der Bauern- und Bäuerinnengewerkschaft Uniterre, l'autre syndicat und der Allianz für Ernährungssouveränität steht nun eine lange Sensibilisierungskampagne bevor. Als internationale Bewegung wird La Via Campesina die weitere Entwicklung dieser Initiative eng mitverfolgen und unterstützen. Denn wenn die Ernährungssouveränität in einer Ecke der Welt Fortschritte macht, nützt dies auch der weltweiten Bewegung.

La Via Campesina

EMBARGO : 30. März 14.00

Das erste Land auf dem europäischen Kontinent versucht, über seine Agrarpolitik Ernährungssouveränität zu erreichen.

Wir haben mit Freude erfahren, dass das Schweizer Volk bald darüber abstimmen kann, ob ein Artikel zur Ernährungssouveränität in der Verfassung eingeführt werden soll. Die beiden Mitglieder der ECVC, Uniterre und l'Autre Syndicat, haben dieses Projekt gemeinsam mit einer breiten Allianz für Ernährungssouveränität getragen. Für die ECVC ist dieser Etappensieg sehr erfreulich, die Schweiz wird somit das erste Land auf dem europäischen Kontinent, dass versucht, seine Agrarpolitik zu ändern, für:

Eine bäuerliche, diversifizierte und ernährungsbasierte Landwirtschaft, welche die natürlichen Ressourcen schonend nutzt, unser bäuerliches Saatgut von Patenten frei hält und auf GVO verzichtet.

Eine Landwirtschaft, die auch nachfolgenden Generationen eine Zukunft ermöglicht – dank kostendeckenden Preisen, fairen Löhnen für landwirtschaftliche Angestellte, Bäuerinnen und Bauern sowie einem besseren Zugang zum Land.

Mehr Transparenz auf einem Markt, der den Bäuerinnen und Bauern, den Konsumentinnen und Konsumenten dient und kurze Kreisläufe fördert.

Mehr Fairness im internationalen Handel.

Eine Landwirtschaft, welche auf die Bevölkerung hört und auch andere Regionen der Welt respektiert.

Wir wünschen Uniterre, l'autre syndicat und ihren Verbündeten viel Erfolg bei der anstehenden Kampagne!

Europäische Koordination Via Campesina

Die europäische Koordination Via Campesina wurde in 2008 gegründet.

Mitglieder : 26 Organisationen

www.eurovia.org

Eidgenössische Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»

Im Bundesblatt veröffentlicht am 30.09.2014

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art 68 ff., folgendes Begehren:



Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 104c Ernährungssouveränität

¹ Zur Umsetzung der Ernährungssouveränität fördert der Bund eine einheimische bäuerliche Landwirtschaft, die einträglich und vielfältig ist, gesunde Lebensmittel produziert und den gesellschaftlichen und ökologischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht wird.

² Er achtet auf eine Versorgung mit überwiegend einheimischen Lebens- und Futtermitteln und darauf, dass bei deren Produktion die natürlichen Ressourcen geschont werden.

³ Er trifft wirksame Massnahmen mit dem Ziel:

- a. die Erhöhung der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen und die Strukturvielfalt zu fördern;
- b. die Kulturlandschaften, namentlich die Fruchtfolgeflächen, zu erhalten, und zwar sowohl in Bezug auf ihren Umfang als auch auf ihre Qualität;
- c. den Bäuerinnen und Bauern das Recht auf Nutzung, Vermehrung, Austausch und Vermarktung von Saatgut zu gewährleisten.

⁴ Er verbietet in der Landwirtschaft den Einsatz genetisch veränderter Organismen sowie von Pflanzen und Tieren,

die mithilfe von neuen Technologien entstanden sind, mit denen das Genom auf nicht natürliche Weise verändert oder neu zusammengesetzt wird.

⁵ Er nimmt namentlich folgende Aufgaben wahr:

- a. Er unterstützt die Schaffung bäuerlicher Organisationen, die darauf ausgerichtet sind sicherzustellen, dass das Angebot von Seiten der Bäuerinnen und Bauern und die Bedürfnisse der Bevölkerung aufeinander abgestimmt sind.
- b. Er gewährleistet die Transparenz auf dem Markt und wirkt darauf hin, dass in allen Produktionszweigen und -ketten gerechte Preise festgelegt werden.
- c. Er stärkt den direkten Handel zwischen den Bäuerinnen und Bauern und den Konsumentinnen und Konsumenten sowie die regionalen Verarbeitungs-, Lagerungs- und Vermarktungsstrukturen.

⁶ Er richtet ein besonderes Augenmerk auf die Arbeitsbedingungen der in der Landwirtschaft Angestellten und achtet darauf, dass diese Bedingungen schweizweit einheitlich sind.

⁷ Zum Erhalt und zur Förderung der einheimischen Produktion erhebt er Zölle auf der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln und

reguliert deren Einfuhrmenge.

⁸ Zur Förderung einer Produktion unter sozialen und ökologischen Bedingungen, die den schweizerischen Normen entsprechen, erhebt er Zölle auf der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln, die diesen Normen nicht entsprechen; er kann deren Einfuhr verbieten.

⁹ Er richtet keinerlei Subventionen aus für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und von Lebensmitteln.

¹⁰ Er stellt die Information über die Bedingungen für die Produktion und die Verarbeitung von einheimischen und von eingeführten Lebensmitteln und die entsprechende Sensibilisierung sicher. Er kann unabhängig von internationalen Normen eigene Qualitätsnormen festlegen.

Art. 197 Ziff. 12

12. Übergangsbestimmung zu Art. 104c (Ernährungssouveränität)

Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung die gesetzlichen Bestimmungen, die für die Umsetzung von Artikel 104c erforderlich sind, spätestens zwei Jahre nach dessen Annahme durch Volk und Stände.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind.

Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton:		PLZ:	Politische Gemeinde:		
Nr.	Name/Vorname (handschriftlich und möglichst in Blockschrift!)	Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					
6.					
7.					
8.					
9.					
10.					

Ablauf der Sammelfrist: 30.03.2016

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner noch stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen:

Alt Jakob, Rainstr. 4, 8955 Oetwil a.d. Limmat, **Berli Rudolf**, rue des Gares 15, 1201 Genève, **Bieri Hans**, Grossackerstr. 7, 8135 Langnau am Albis, **Bolay Charles-Bernard**, ch. de la Branche 7, 1272 Genolier, **Buchwalder Florian**, Spitzenbühl 1, 4253 Liesberg, **Corminboeuf Pascal**, Vy-d'Avenches 43, 1564 Dommidier, **Cruchon Pablo**, rue de la Gare 4, 1607 Palézieux, **D'Andrea Luigi**, rue de l'Evoles 35, 2000 Neuchâtel, **Fraginière Max**, La Fille-Dieu, 1680 Romont, **Gétaz Raymond**, Le Montois 1, 2863 Undervelier, **Glättli Balthasar**, Hönggerstrasse 148, 8036 Zurich, **Graff Noé**, ch. Fleuri 1, 1268 Begnins, **Gröbly Thomas**, Burghaldenstr. 5, 5400 Baden, **Held Christine**, Oberseeweg 28B, 8853 Lachen SZ, **Hemmeler Maïga Valentina**, rue des Ronzades 9, 1227 Les Acacias, **Huber Hansuli**, Büelhüsli 1, 8479 Altikon, **Micheletti Tognetti Angela**, via Mezzavilla 36, 6503 Bellinzona, **Minkner Ulrike**, La Souriche, 2610 Mont-Soleil, **Molina Fabian**, Breitenacherstr. 15, 8308 Illnau, **Pasquier Isabelle**, rue Jacques-Dalphin 46bis, 1227 Carouge, **Rechsteiner Jörg**, Linde 6, 9565 Rothenhausen, **Sauvin Philippe**, av. Pictet-de-Rochemont 29, 1207 Genève, **Sekinger Urs**, Ackersteinstr. 47, 8049 Zürich, **Spahn Samuel**, Spreitenbacherstr. 35, 8953 Dietikon, **Tombez Pierre-André**, rte de Villard 9A, 1585 Salavaux, **Ziegler Jean**, ch. de la Croix-de-Plomb 13A, 1281 Russin, **Zisayadis Josef**, av. des Bains 16, 1007 Lausanne.

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt sofort zurückzusenden an das Initiativkomitee: **Initiative souveraineté alimentaire, Case postale 925, 1001 Lausanne.**

Die Untenstehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt. Bitte leer lassen.

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, das obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: _____ Eigenhändige Unterschrift: _____

Datum: _____ Amtliche Eigenschaft: _____

Amtsstempel:

Weitere Unterschriftenlisten und Informationen unter www.ernaehrungssouveranitaet.ch oder via info@ernaehrungssouveranitaet.ch

Initiative



www.ernaehrungssouveraenitaet.ch

Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle.

5 gute Gründe

Die Initiative will in der Schweiz das Prinzip der Ernährungssouveränität umsetzen. Dazu fordert sie, dass sich der Bund für folgende Ziele einsetzt :

1. Eine **vielfältige, bäuerliche und gentech-freie Landwirtschaft**, welche die natürlichen Ressourcen, namentlich den Boden und das Saatgut, schützt.
2. Eine Landwirtschaft, die **kommenden Generationen eine Zukunft bietet** und ihnen den Zugang zu Land garantiert. Eine Landwirtschaft, die dank fairer Preise den Bauern und Bäuerinnen sowie den landwirtschaftlichen Angestellten, ein gerechtes Einkommen sichert.
3. Ein Markt mit mehr **Transparenz, welcher im Dienste der Bauern und Bäuerinnen, sowie der Konsumenten und Konsumentinnen steht**. Es geht um die Stärkung kurzer Kreisläufe und darum eine regionale Produktion zu ermöglichen und zu beleben. So werden in den Regionen Arbeitsplätze erhalten, Transporte beschränkt und eine bessere Rückverfolgbarkeit garantiert.
4. Ein **gerechterer internationaler Handel** wird ermöglicht durch regulierende Zölle an den Grenzen, durch das Recht sich zu schützen und die Pflicht auf Exportsubventionen zu verzichten.
5. Eine Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, **welche sich an den Erwartungen der Bevölkerung ausrichtet**. Die Bevölkerung bestimmt im Respekt gegenüber anderer Regionen souverän über ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik.

Mensch und Natur gehören in den Mittelpunkt unserer Ernährungspolitik !

Wir brauchen jetzt einen Weg für eine zukunftsgerichtete Landwirtschaft und Ernährung.

Werden Sie Teil dieser Bewegung !

► **Nicht trennen !** Für den Versand das Blatt falten. Vielen Dank für Ihre Unterstützung. ◀

Für weitere Unterschriftenlisten,
zusätzliche Informationen oder Beitritt ins
Unterstützungskomitee :

www.ernaehrungssouveraenitaet.ch

Finanzielle Unterstützung der Initiative :

Banque Raiffeisen Basse Broye Vully, 1564 Domdidier
Clearing 80123

IBAN CH68 8012 3000 0028 4962 2

Adresse : Uniterre, Bruyère 44, 1564 Domdidier
mit Vermerk « Initiative ».

Merci !

Initiative souveraineté alimentaire
Case postale 925
1001 Lausanne